

Er scheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50, 1/2 Jähr. 1.00
vierteljähr. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.05

„Die Neue Welt“
Unterhaltungsbeilage, durch
die Post nicht beschreibbar, kostet
monatlich 10, 1/2 Jährlich 30.

Volksblatt

Insertionsgebühren
betragen für die 6spaltigen
Rechtszeile über deren Raum
15, für Wohnungs-,
Bereits- und Bekanntmachungs-
anzeigen 10.
In redaktionellen Zeilen
kostet die Zeile 50.

Inserate für die fällige
Nummer müssen höchstens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
(Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7601).

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1007.

Redaktion und Expedition: **Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.**

Telegraphen-Adresse: **Volksblatt Halle.**

Telephon-Nr. 1008.

Nr. 133

Halle a. S., Freitag, den 10. Juni 1898

9. Jahrg.

Dem sozialdemokratischen Wahlkomitee für Halle und den Saalkreis gehören an die Genossen

Tischlermeister **Karl Reimann**, Mühlgrasse 6,
Restaurateur **Joseph Streicher**, Al. Ulrichstr. 36,
Friseur **Paul Böttcher**, Schillershof 1,
Otto Reineke, Merseburgerstraße 102,
Tischler **Gustav Schmidt**, Schwetfelsstraße 14,
Bergler **August Groß**, Geißstr. 21, 1. Hof rechts.

Bis zur Einrichtung eines ständigen Wahlbureaus sind bei vorstehenden Genossen, sowie in der **Volksbuchhandlung**, Bölsbergerstraße 1 und bei **Georg Gerig**, Wiebichsstraße, Eigendorfsstraße 25 Stimmzettel für unsere Kandidaten Fritz Kumerz zu entnehmen. Auch werden daselbst alle Auskünfte in Wahlangelegenheiten erteilt.
Das Wahlkomitee.

Chronik auf das Jahr 1848.

10. Juni. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz war Robespierre mit seinem Herrn der Eichenäcker eingetroffen. Am Vormittag des 10. begann der Angriff. Die Stadt wurde besonders durch die päpstlichen Schweizer Truppen energisch verteidigt. Allen die Festen drangen immer tiefer in die Vorstädte hinein und besetzten die Stadt mit Erfolg, bis der General der Kaiserlichen dem Kampfe ein Ziel setzte. Der Kommandant Durando sah das Unhaltbare seiner Lage ein und schickte noch in der Nacht Parlamentäre zu Robespierre. Wenige Stunden darauf, um 6 Uhr früh den 11. Juni, war ein Vertrag zu Stande gekommen, wonach die päpstlichen Truppen die Stadt zu verlassen hatten und sich verpflichteten, drei Monate nicht gegen Frankreich zu ziehen.

Wohnduals der Posadowsky-Brief.

Ueber den harmlosen Wahlstreit, den sich Herr v. Posadowsky durch seinen gestern von uns veröffentlichten Brief geleistet hat, äußert sich der Vorwärts in treffenden Worten, wenn er schreibt:

Zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie ruft Graf Posadowsky und predigt den bürgerlichen Parteien Einigkeit. Das hat auch Herr v. Riquel schon getan, da er die „Sammelpolitik“ in Szene setzte. Den Ruf, eine neue Wahlkampfpolemik zu bringen, hat der Herr Graf gewiß nicht. Aber auch die Begründung, die er seiner Aufforderung giebt, ist abgefaßt und ist schal.

Die Sozialdemokratie wolle die bestehende Staatsordnung beibehalten. Ja, hat denn diese Staatsordnung Anspruch auf ewiges Bestehen? Gäbe es keine Möglichkeiten der Verbesserung? Aber dies nur nebensächlich; wichtiger wäre es, wenn Graf Posadowsky sich hätte darüber aussprechen wollen, wie er denn über die Beibehaltung der bestehenden Staatsordnung denkt, welche von seinen der Feinde des Reichstags, Wahlfreudigen und der Staatsstreitkräfte geplant wird! Diese gerabe, so dünkt uns, sind es, welche beklamt werden müssen, wenn man „unser Vaterland von schweren inneren Erschütterungen bedrohen will.“

Die Sozialdemokratie wolle das Privatigentum aufheben. Aber warum giebt der Herr Graf nicht seine Meinung darüber zum besten, wie er über die Aufhebung des Privatigentums denkt, die jetzt vor seinen eigenen Augen, unter seinem eigenen Regimente alljährlich vor sich geht.

Ober geschieht es nicht in der bestehenden Staatsordnung des Grafen Posadowsky, daß des Kapitals Liebergehalt Tausende und Zehntausende von kleinen Renten aus ihrem Eigentum vertreibt und dem Proletariat überantwortet? Und ist er nicht dieselbe famose staatliche Gemeinschaft des Grafen Posadowsky, in der Millionen Lohnarbeiter um und um einen guten Teil ihres jauer erarbeiteten Arbeitsproduktes an unglückliche Kapitalbesitzer abgeben müssen?

Die sozialdemokratische Partei behauptet häufig die Freiheit der Arbeiter in territorialer Weise. Mit Verlaß, Herr Graf, das ist eine absolut unwahre und unbeweisbare Behauptung. Wo etwa einmal Arbeiter, gekränkt und gereizt, sich zu einer unruhigen Handlungswelle gegen Mitarbeiter haben hinreizen lassen, da hat das Sozialdemokratie nie begünstigt, vielmehr ist es den Warnungen der Sozialdemokratie zu verdanken, wenn die deutschen Arbeiter im Kampf gegen den terroristischen Lebermut eines Unternehmertums, das keinerlei Achtung kennt vor der persönlichen Freiheit des Arbeiters, Besonnenheit und Geistesfreiheit bewahren. An das Unternehmertum hätte sich Graf Posadowsky wenden und Schutz der Arbeiter gegen seine Lebermut verdienen sollen, anstatt daß er um und um seinen absonderlichen Wahn durch gesetzgeberische Pläne zu Hilfe kommt, wie sie in seinem belämmerten Scheinerglaube sich andringenden Klänge, die darauf ausgehen, das letzte Recht der Arbeiter, die Grundlage seiner persönlichen Freiheit, das Koalitionsrecht zu zerstören.

Graf Posadowsky ruft aber nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern sein „Gnädigen“ hat auch einen positiven Teil. Das Wohl „aller Klassen der Bevölkerung“, die großen gemeinsamen Interessen unserer Erwerbsstände“ sollen positiv gefördert werden. Wie diese Förderung aber geschehen soll, darüber sagt der Graf nur Gemeinplätze. Am meisten Schuß verdienen die Landwirtschaft und die Mittelklassen. Aber wie soll denn diesen Schichten geholfen werden? Wenn Graf Posadowsky der Landwirtschaft durch die Mittel helfen will, welche das Hindernis vorlähig, so wird er bereit sein die Einigkeit der bürgerlichen Parteien appellieren, denn für Hülferhöhungen und Postträge ist das industrielle und kommerzielle Bürgertum, wenigstens zum Teil, ebenso wenig begeistert wie die Arbeiterklasse. Auch für die Arbeiterklasse hat das gute Herz des Ministers etwas übrig: die Versicherungsgesetze sollen ausgebaut werden. Leider bedeuten die Vor schläge, welche die Regierung während der letzten Reichstags-session hinsichtlich der Versicherungsgesetze gemacht hat, fast ausschließlich eine Erleichterung für die agrarischen Unternehmer, aber keine Verbesserung für die Arbeiter.

Nach alledem muß man fragen: Was soll das „Gnädigen“ des Grafen Posadowsky? Woju die Liebesmäh? Was Graf Posadowsky da sagt, hat alle Welt längst gewußt. Sein Gnädigen kann keinerlei Einfluß auf den Wahlkampf haben. Dazu ist es zu inhaltlos und der Gutachter selbst ist nie ein Mann von eigenen Gedanken, ein leitender Staatsmann gewesen, sondern stets ein Sprachrohr anderer und der „Angeldung“ für andere.

Am 16. Juni wird Graf Posadowsky erkennen, wie wertlos seine Bemühung gewesen. Die Niederlagen der ihm befreundeten Parteien werden für ihn zugleich eine böse Blamage bedeuten und er wird zu sich sagen: O si tacuisses, o hättest du geschwiegen!

Landesgeschichte.

Von den Reformen des Herrn Bobbielski im Postwesen ist es wieder ganz still geworden. Die Postreform-Novelle ist in der Kommission des zu Ende gegangenen Reichstags begraben worden. Ob sie in der neuen Session in veränderter Form wieder auferben wird, steht noch dahin. Inzwischen bringt Herr v. Bobbielski andere Reformen im Wege der Verwaltung zu stande, von denen man in der Öffentlichkeit nur hinten herum etwas zu hören bekommt, die aber durchaus nicht geeignet sind, uns von der besonderen Qualifikation eines Reitergenerals für die verantwortungsbereiche Stelle des Chefs im deutschen Postwesen zu überzeugen. Wie die Deutsche Verkehrszeitung meldet sind in den letzten Wochen 243 Militärämter und 176 Damen in den Postdienst eingestellt worden. Gegen die Einstellung der Damen ist in unserer heutigen Zeit unserer Grundgesetze entsprechend nichts einzuwenden. Dagegen scheint der Reitergeneral a. D. Bobbielski seinen früheren Berufsgenossen die Postämter allmählich ausliefern zu wollen und das wäre vom Uebel. Die sogenannten Offizierspostämter erfreuen sich keineswegs des besten Rufes, und wir könnten es nicht für einen Vorteil ansehen, wenn an die oberen Stellen noch mehr Offiziere, an die unteren Stellen aber noch mehr Unteroffiziere einziehen würden.

Wie der Bund der Landwirte seine eigenen Mitglieder übers Ohr haut, wird jetzt vom Hann. Kurier in der Thomasmehl-Affäre eingehend bewiesen. Die Mitglieder des Bundes mußten inhaltlich für den Doppelwaggon Thomasmehlmehl mehr bezahlen als andere Käufer dieses Dingenmittels. Als ihnen Gewährsmann bezeugt der Hann. Kur. Herr Dr. Höfde, den zweiten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte selbst, „also gewiss eine in diesem Falle über jeden Zweifel erhabene Autorität.“ — Wie Dr. Höfde erklärt, habe die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft“ mit den rheinischen Thomasmehlfabrikanten einen Vertrag auf Lieferung von Thomasmehl an ihre Mitglieder abgeschlossen, daß ihren Mitgliedern das Mehl zum Preise von 24 Pf. Parität Oberhausen und 28 1/2 Pf. Parität Offenbach geliefert werden sollte. Dabei sollte die Landwirtschaftsgesellschaft nach Abwicklung der Geschäfte einen Rabatt von 30 M. erhalten. Dem Bund der Landwirte aber war dieser Rabatt zu gering und er setzte im Januar 1896 einen Vertrag durch, wonach die Mitglieder des Bundes das Thomasmehl von den rheinischen Thomasmehlfabrikanten zu einem höheren Preise erhielten, nämlich von 25 Pf. Parität Oberhausen und 29 1/2 Pf. Parität Offenbach. Dabei aber sicherte die der Bund selbst einen Rabatt von 45 statt 30 M. Nur unter gewissen Bedingungen sollte zu dem niedrigeren Preise geliefert und dann der Rabatt auf 30 M. herabgesetzt werden. Tatsächlich aber haben die Thomasmehlfabrikanten dem Bund 1896 etwa 1132 Doppelwaggon zu dem erhöhten und nur 260 zu dem niedrigeren

Preis berechnet. Also für 1100 Doppelwaggon haben die Mitglieder des Bundes der Landwirte 1132 > 15 — rund 17000 M. in die Bundeskasse weiter abblenden müssen, als wenn sie das Thomasmehl durch die Landwirtschaftsgesellschaft bezogen hätten.

Eine herrliche Blüte des Kommunisten ist die sogenannte Berliner „Jugendwehr“. Sie wurde vor etwa zwei Jahren von vorbeschriebenen Offizieren und Sergeanten gegründet und erzieht die militärische Ausbildung der Jugend. Das ist an sich gar kein schlechtes Gebante, denken doch auch wir an eine militärische Erziehung der Jugend, um das Volk wehrhaft zu machen und den Unterschied zwischen der Armee als Kriegertruppe und den übrigen Volkselementen zu beseitigen. Aber auch ein guter Gebante kann durch die Ausführung so verfaßlich werden, daß ein Jerrich zum Borschein kommt. Das ist bei der Berliner Jugendwehr der Fall. Sie ist eine kindliche Spielerei und zwar gefährlicher Art geworden. Eine Anzahl bummer Jungen freuen sich, daß sie in einem mit besetzten Anzuge herumlaufen und einen eigenen Joghstock an der Seite tragen dürfen. Ein lächerliches Streben nach „Schneidigkeit“ macht sich bei den jungen Burchen bemerkbar. Sie fählen sich als Männer und bewirken diese Mannschäuflichkeit zunächst durch das Bestreben möglichst großer Massen von Bier. Chauvinismus und Durapatriotismus werden in ihnen groß gezogen. Der Unfug ist jetzt so arg geworden, daß sich kürzlich sogar auf der Kreisynode Berlin-Görlitz mehrere Pastoren mit amerleinsdweizer Schärfe gegen die „Jugendwehr“ ausgesprochen haben. Hervorgehoben wurde vor allem, daß die jungen Leute sich die Bestrafungen der Kaserne zuleiden, daß sie für ihr Soldatenpiel das Geld ihrer Eltern, die selber arm seien, verschwendeten, und daß sie den Gesinnung an bürgerlichen Gemütern verletzten. Mühen werden diese Klagen nicht viel, denn die Jugendwehr ist an einflussreichen Stellen sehr beliebt, sie gilt als „Kadettentorps fürs Volk“.

Ausland.

Frankreich. Die neue sozialistische Fraktion hat durch ein Manifest an die Arbeiter einen weiteren Schritt auf dem Wege zur prinzipiellen Klärung des französischen Sozialismus gethan. Die parlamentarische Einigung aller sozialistischen Richtungen ist nun von Anfang an auf Grundlage eines bestimmten sozialistischen Programms erzielt worden. Die Hauptgrundsätze des Programms sind die folgenden: in denselben Ausdrücken von Millerand 1896 in einem veranschaulichten „Einigungsprogramm“ entwidelt: die Eroberung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat, die Umwandlung der bereits in kapitalistischen Händen konzentrierten „Produktions-, Verkehrs- und Kreditmittel“ in gesellschaftliches Eigentum, schließlich „das internationale Einvernehmen der Arbeiter“.

Im einzelnen stößt man auf mißlungene Ausdrücke, auf unklare oder zaghafte Begründungsätze. Der Wunsch, den kleinbürgerlichen Schichten den Sozialismus mündgerecht zu machen, tritt hier und da deutlich hervor. Daran ist aber vorläufig nicht zu ändern. Um die Einigung zu ermöglichen, mußte der linke Flügel der Fraktion dem rechten jense mehr formale Zugeständnisse machen.

Das Manifest ist unterzeichnet von 37 Abgeordneten. Es fehlen also im Vergleich mit der Aufstellung der Petite Republique neun Abgeordnete, die vom Pariser Parteibüro für Sozialisten gehalten worden waren, darunter aber einer, der nachträglich durch eine amtliche Abkündigung um das Mandat gekommen ist. Es der blauschichtige Sozialist Leroux aus Montlucon. Sein Gegner, ein Regierungskandidat, wurde für „gewählt“ erklärt mit drei Stimmen Mehrheit. ... Die übrigen acht „Sozialisten“, die das Manifest nicht unterzeichnet haben, muß an bis auf weiteres für Auch-Sozialisten halten. Demnach hätten die Sozialisten in den letzten Wahlen nur sieben neue Mandate gewonnen.

Italien. Das Kriegsgericht in Mailand nimmt jeden Tag neue Verurteilungen vor. Am Dienstag wurden 15 Mann zu 3—18 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie stellten entschieden in Arede, an den Ururtheil sich irgendwie aktiv beteiligt zu haben. Sie waren nur als Zuschauer dazugewesen. Trotzdem erfolgten die Verurteilungen, damit der Staat und die Gerechtigkeit gerettet wird.

Japan. Religion und Unterricht. Stellung Japans zur Religion, zur Schule und Politik. Darüber hat sich kürzlich nach dem Tode der japanische Premierminister Marquis Jio in bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Verheißungen in Erziehungsfragen einflussreiche Männer hatten die Einführung einer nationalen Religion in den Schulen verlangt, um den immer mehr sich freirendenden konfuzianischen Ideen besser entgegenzutreten zu können. Marquis Jio lehnte dagegen dieses Ansuchen scharf ab und verneinigte, das Erziehungsprogramm Japans auf religiöser Grundlage aufzurichten; nur so könne man der nationalen Politik, dem

*** Nachkänge zur Wählerfeier.** Die Genossen Geric und Kuncert, sowie der Schriftw. Binkler standen heute morgen vor dem Schöffengericht, um sich wegen Verleumdung des Vereinsorgans zu verantworten. Kuncert sollte in einer Verurteilung, die nicht angewendet war, eine Rede gehalten haben, Geric als Zeuge aufzutreten sein und Binkler den Saal dazu hergegehen haben. Kuncert wurde zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, Geric und Binkler wurden freigesprochen. Wählerbericht folgt.

*** Zum Wählerbericht** wurde in der gestern in der Wohnung stattgehabten Versammlung folgender Situationsbericht gegeben: In den Streit geraten sind 90 Arbeiter, davon sind 50 teils abgereiht, teils haben sie anderswo Arbeit bekommen, so daß jetzt nur noch 40 Mann im Streit stehen. An Unterstützung wurde gezahlt 731,70 M., an Beiträgen zum Streit gingen ein 420,70 M. von den arbeitenden Kollegen, 400 M. wurden dem Generalfonds entnommen. Des weiteren wurde in einer Resolution ausgedrückt, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, bis der Stundenlohn von 45 Pf. bewilligt ist. Ueber die Bauten, die nicht bewilligt, soll die verhängte Sperre weiter bestehen. Ueber den Neubau von Koch in der Metzgergasse ist gleichfalls die Sperre verhängt. — Es entspann sich sodann eine längere Debatte über die Höhe der Beitragserhebung der arbeitenden Kollegen. Der Beitrag wurde schließlich auf 1,50 M. pro Woche festgesetzt. Kritisiert wurde auch das Verhalten der Arbeitswilligen August Weisand und Wilhelm Freige vom Neubau Freund, sowie des Wilhelm Köhne, beim Wählermeister Hofmann beschäftigt, und des Hermann Grumbler und Joh. Hartmann, beim Unternehmer Hartmann in Arbeit. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich.

*** Von Studenten** ist im Restaurant am Südthor gestern früh in der hiesigen Straße eine unerbötliche Rohheit ausgeübt worden. Der Polizeibericht lautet: Die Unternehmern zerschlugen zunächst im Theaterstraßenraum das nach der Straße hinübergehende Fenster und trugen durch die Öffnung ein. In der Küche trieben sie allerhand Unflut, a. a. z. die einen Batone ihre Bekleidungsstücke gegen zwei lebende Säbender, die dort untergebracht waren. Die Säbender und misshandelten die Tischen und stürzten das eine schließlich in, nachdem sie dem anderen durch **Ständliche Wein** ertrummert. Zum Glück sind die mutwilligen Säbender, die eine so große Verwundung des Gemütes bekränzt haben, nicht unerwartet davon gekommen. Nicht unerwartet davon gekommen? Wie war es überhaupt möglich, daß sie zwar erkrankt, nicht aber sofort festgenommen worden sind? Wer hat sie erkannt und warum hat man die roten Hügel laufen lassen? Daß die konservativen Hall. Stg. die Schandthat der Tierquälerei als „Studententumf“ bezeichnet, wird den Arbeitern von besonderem Interesse sein zu hören. Dem Worte, welches nicht Worte der Ernüchterung genug hat, wenn ein Arbeiter eine kleine Auszeichnung sich hat zu schulden kommen lassen, ist die wichtigste Rohheit einiger Jünglinge von Weis und Bildung, die wir: Bananen hauen und einem kleinen Hühner das Bein zerhacken, ein „Studententumf“.

*** Die hiesige Kornhausgenossenschaft** bezieht sich belanlich auch mit der Lagerung und dem Verkauf von amerikanischem Mais und aller Arten Drogenmittel und Futtermittel. Die Nationalstg. weist aus dem Statut der Genossenschaft nach, daß das Unternehmen sich nur mit den von den Mitgliedern selbst genutzten Felderzeugnissen befassen darf. — In anderer Geschäftsrichtung, so bemerkt die Nationalstg., kann auch nicht als zulässig betrachtet werden, nachdem der Genossenschaft Staatsgehalt zu 1%, über 2 Proz. Zinsen zur Verfügung gestellt worden sind. Durch eine derartige Staatsunterstützung darf nicht die Konkurrenz eines beliebigen weit ausdehnenden Handelsgeschäftes gegenüber privaten Geschäften unternehmungen gleicher Art unterstützt werden. In den vielen charakteristischen Zügen, die in den letzten Wochen über das Treiben der gottesfürchtigen Wähler bekannt geworden sind, sagt das Gebahren der hiesigen Kornhausgenossenschaft einen neuen scharfen Strich.

Zeit. Die Ständliche Prov. Stg. verweigert die Aufnahme des folgenden Interesses: Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei für den Reichstag ist Weidmann Adolf Thiele Halle a. S.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Weidmann war ein Interes, in dem nicht das geringste enthalten ist, was Ansehen, Ehre, keine, nicht austritt, ist kaum zu beargüßeln. Abermals will die Prov. Stg. damit beneiden, daß sie nicht nichts mit dem Arbeiterstand zu tun hat, und daß sie nur ein Organ der Agitation ist.

Wahlkreis. „Alles über ist Unflut und verlogen, schreibt die Mittell. Stg. zu dem dem Volksblatt von vier gegangenen Mitteilung betreffs Umanfang der beiden Straßennamen Die Mitteilung entsprach aber vollständig dem, was von den Beteiligten seiner Zeit selbst erzählt worden ist. Wenn die Mittell. Stg. das nicht weiß, so ist das ihre Schuld.

Togau. Freigesprochen wurde am Mittwoch vom hiesigen Landgerichte Genosse Kießlich. Er sollte am 30. Januar d. J. in Dommitzsch eine Verurteilung ergehen haben, die nicht polizeilich angedeutet war. Es handelte sich aber lediglich um eine Verprechung bezügl. Gründung eines Arbeiter-Wildungsvereins in Dommitzsch. Das hiesige Schöffengericht hatte Genossen Kießlich bereits freigesprochen, jedoch hatte der Staatsanwalt dagegen Berufung eingelegt, die indes vom Landgerichte als nicht statthaft erkannt wurde.

Namberg. So geht in der Schrift! Doch wie neulich den „unsern“ Finanzminister Joseph des guten alten Egypten-Pharaos als einen Volkverderber hingestellt haben, hat uns mehrere jagrbare anonyme Briefe eingetragen. Wir zitieren aus dem hiesigen: „Ich lese das Volksblatt sonst sehr gern. denn es ist das einzige hiesige Blatt, nach dem ich mich orientiere, nicht profitorisch, sondern nach oben kräftig die Wahrheit sagt und unerschrocken für das Volk eintritt. Sie können Sie aber in so unerschütterlicher Weise den eblen und tugendhaften Joseph beschimpfen, der doch in jeder Hinsicht der Wohlthäter des ägyptischen Volkes und keines Feindes war. Diese Vuldurft ist insofern von allgemeinem Interesse, als auch Sie jetzt, wo nachdrücklich die „religiöse“ Schuldredner wirkt und wie sie sogar sonst ganz verlässliche Leute davon abhält, selbst zu prüfen, zu wählen und zu wählen. Unsere Verleumdung finden wir angebracht in der Schrift, wo sie im 1. Buch Moiss im 47. Kapitel Vers 30 und 31 zu lesen ist.“

„Allo laufft Joseph dem Pharaos das ganze Ägypten. Denn die Ägypter verurteilen ein Jeglicher seinen

Adel, denn die Teuerung war so stark für die. Und ward also das Land Pharaos eigen. Sie sprachen: Was uns nur leben und Gnade vor dir, unserm Herrn, finden; wir wollen gerne Pharaos leibgeben sein.“ Der Schmiedler und Bauer Joseph — denn der Kränze „ausgelegt“, schwindelt doch sicherlich — hatte es durch seinen erbarungslosen Korwarmer fertig gebracht, den Ägypten zunächst alles Geld, dann alles Vieh, dann alles Land zu nehmen und sich schließlich das ganze Volk zu Leibeigenen des Pharaos zu machen. Und gerade heute — heute — bringen sich moderne Gauner vom Schlage des gottwohlgefälligen Joseph an moderne Pharaos heran! Sehe sich also das arbeitende Volk gerade heute vor, nämlich vor den modernen Goldhändlern, auch wenn sie in patriotischen Schaulustbetrieben kommen, denn inwendig gleichen sie reißenden Wölfen. Suchet in der Schrift! soll heißen: lest die Arbeiterpresse und wählet am 16. richtig!

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bezirk Hersfeld.

Gleiche Stimmzettel nach Papier, Größe und Schrift sind für Kuncert, Schmidt und Dugeno hergestellt worden. Sie können von heute ab vom Wahlkomitee entnommen werden. Bis auf weiteres sind Stimmzettel für Fritz Kuncert von der Expedition des Volksblattes zu beziehen.

Franz Köhler sprach am Mittwochabend im Paradies. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, und durch die geöffneten Fenster und Türen langten noch viele den eindringlichen und überzeugenden Mahnungen unserer als tüchtige Rednerin bekannten Genossin. Das Treiben der „Rednungsarbeiten“, ihre gewissenlose Verteilung und ihre finstern Anschläge auf Rechte und Freiheiten des Volkes wurden in lebhaften und wachstüchtigen Farben den Anwesenden vor Augen geführt. Franz Köhler erhielt durch den äußerst lebhaften Beifall den Beweis, daß ihre Worte in die Herzen der Zuhörer gedrungen waren. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich keiner der anwesenden Gegner zum Worte meldete.

Die Kampfschritte unserer Genossen macht die Hülfsleistung, ihren Schilling Herrn Dugeno nicht als Konterrevolution oder als Landwirtschänder erscheinen zu lassen. Wie erbärmlich feig ist das! Und wie zeigt es zugleich das hohe Gemissen der Konservativen und Wähler! Sie wissen eben, wenn von jemandem bekannt wird, er sei Konterrevolution oder Wählerlandstrolach, so wirkt das wie die mittelalterliche Aufschrift auf einer Gaststube: Hier herzt die Pest! Darum verachtet die Halb-Feiung getern ein halbes ungedulmes, Dugeno ist nicht Konterrevolution, er ist kein Wähler sondern nur liberal; wenn er trotzdem die Unterjüngung der Konservativen und Wähler feiert, so geschieht das aus reinem Parteitrotismus, um nicht die Sozialdemokratie zum Siege gelangen zu lassen. Verlorene Mühen! Herr Dugeno zeigt sich in seinen Reden als Reaktionär von reinem Wasser. Und die Wählerchaft des Saaltheates ist politisch wie zu gut geschult, als daß sie sich durch eine falsche Einnahme täuschen ließe. Herr Dugeno war zudem früher Staatsanwalt. Das genügt! Und heute aber acht Tage, am 16. Juni, wird die große Sache des Volksgerichts auch ihn nicht ändern trotz des heiligen Gesetzes der Halleischen Gistmuel.

Eine Tagungs-Versammlung fand gestern, Mittwoch in Dölling statt. Dasselbe war zahlreich besucht; unsere Genossen stellen den größten Teil der Versammlungsbesucher. Herr Dugeno hielt seine alte Rede. In die Diskussion triffen die Genossen Albrecht und Schade ein. Es gelang ihnen, den allgemeinen Beifall der Versammlung zu erringen. Herr Köhler, Reichstagskandidat jenseitigen Abendens von der 96er Wahl, suchte den Nachweis zu führen, daß er als Reichstagskandidat a. D. noch ganz hübsch sich blamieren könne, und unter dem Beifall der Versammlung wurde ihm dies von unterm Gnossen attestiert. Hauptmann Hand muß gefunden haben, daß unter letztes Freitagst. sehr ganz gehalten ist, ebenso das Volksblatt, welche Umbedung natürlich allgemeines Heiterkeit hervorrief.

Zeit-Beisetzels Namberg.

Die Koppligkeit lautet von einem freisinnigen Führer uneres Wahlkreises in Leipzig genommen zu sein. Hieloler und verworren als sie sind selbst die Antikemien als Reichsfraktion nicht gemein. Sie heutigen Tags hat jetzt mehr Freisinnigkeit nicht klar darüber, ob denn Wohlstand eigentlich aufgestellt ist oder nicht. Diese vollständige Planlosigkeit und Verwirrung ist allerdings begrifflich, wenn man die beiden freisinnigen Blätter uneres Kreises auf ihren Wert prüft und ihre völlige Einflußlosigkeit auf ihre eigenen Parteireihen in Betracht zieht.

Wie ländlich sind die Wortzeilen der Mitteldeutschen Zeitung gegen unsere Partei und insbesondere gegen das Volksblatt! So schreibt sie:

„Aus dem „Schlammfluten“ des Volksblattes. Welch rohe Sprache gegenwärtig das sozialdemokratische Volksblatt in Halle führt, mag aus folgender Probe herorgehen, die wir einem Aufruf an alle Parteigenossen“ entnehmen: „Die trüben Schlammfluten der Reaktion drohen unsere wenigen Rechte vollends zu verschlingen. Bild und mist wird es das unerträglichste Junkertum nach dem Blute der Proletarier, nach ihren Weibern und Kindern. Wenn es nicht gelingt, am 16. Juni die fedde Spitze aufs Haupt zu schlagen, daß ihr Hören und Sehen veraght, dann wehe dem deutschen Arbeitsvolke!“

Psst! Das Anklage „Psst!“ gefällt dem Friseur Anz. so sehr, daß er wörtlich die Krözei samt dem Psst abdruckt. Während man also von einem freisinnigen Blatte wenigstens sollte erwarten können, daß es uns im Kampfe gegen die Junkerschaft nicht in den Weg tritt, leistet sich die Mittell. Stg. ein Psst, mozu sich selbst die konservativen Blätter uneres Kreises nicht bewegen läßten. Auch sonst richtet das freisinnige Blatt seine schändlichen Hiebe und Schimpfeien ganz nach Eugen Richters Rezept vielmehr gegen unsere Partei als gegen die Doppeldecker. Es mag darum wiedergegeben sein, was dieser Tage die freisinnige Berliner Volkszeitung über diese blöde Manier schrieb. Das Blatt wendet sich scharf gegen die Taktik der freisinnigen Volkspartei im Wahlkampf. Während es galt, den Kampf scharf gegen die Frei-

heitsfeinde und Brotwucherer zu führen, habe man die Idee vom „Kampfe nach zwei Fronten“ in die Welt gesetzt. Dann heißt es wörtlich:

„Nicht daß der verschiedene Freisinn alles hätte daran setzen sollen, mit der stärksten und entschiedensten Oppositionspartei, mit der Sozialdemokratie, Fühlung zu suchen und zu gewinnen, um dem Junkertum zu zeigen, daß das fortwährende Bürgertum im Verein mit den demokratisch gefinnenen erwerbstätigen Schichten des Arbeiteriums stark genug sei, die reaktionären Parteien niederzuernten, daß dessen hielt man sich nicht für zu gut dazu, zwischen dieser größten und stärksten Oppositionspartei einerseits und der Reaktion andererseits den Puffer zu spielen, dessen Beruf es ist, gleichmäßig von rechts und links sich paffen und knuffen zu lassen! Und die Verblendung ging so weit, daß die Strategen der Pufferpolitik sich einbildeten, gerade bei diesem Vorhaben zwoiigen zwei Feindern könne man mit vermehrter Mannkraft aus der Schlacht herorgehen! Wahrscheinlich, nie als im politischen Leben hat eine Partei eine verachtlich selbstmörderische Taktik zu wählen für gut gefunden! ... Man hat sich eben, als sei das vor allen Dingen zu beklampende Junkertum gänzlich außer Zustuhine gerückt worden, so sehr war aus dem „Kampfe nach zwei Fronten“ ein Kampf nach der einen, nach der sozialdemokratischen Front geworden. Der Vorwärts, der, wie die Sozialdemokratie selbst, monatlang seine Angriffe fast ausschließlich gegen das Agrarierium gerichtet hatte, sah sich genötigt, seine Waffen gegen die freisinnige Offensiv zu kehren. Das Agrarierium hatte den Spatz, freisinnig zu sein, wie die beiden Gegner, vor denen das Junkertum hätte zittern müssen, wenn sie beide gegen die Reaktion gekämpft hätten, ihre Kraft im Kampfe gegen einander losließ. Da aber in diesem Sonderkampfe der Freisinn überhört seine Feindschaft gegen die sozialdemokratischen Zukunftsstaatliche, der bei der Wahl gar nicht in Frage steht und den die Reaktion als raris Schreckspunkt nur noch für die nahesten Gemüter mit Erfolg an die Wand malt; da dem gegenüber andererseits die Sozialdemokratie flugweg ihre Kräfte ansetzte bei der rauhen Wirklichkeit der Dinge, nämlich bei den kommunalpolitischen und parlamentarischen Unterjüngungen der Partei, die selbst in freisinnigen Kreisen als Zeichen des Niederganges des Liberalismus gerügt und beklagt werden mußten, so bedarf es keines besonderen Auseinanderjegung darüber, wer bei diesem Kampfe notwendigerweise den Kürzeren ziehen muß.“

So ist denn auf der ganzen Linie des Bürgertums alles bereit, nach dem „roten Geispen“ zu streben: Freisinnige Redner und freisinnige Blätter weisern mit reaktionären Rednern, mit antiligen Quackern aus dem Lager der Regierung und mit des Kreisblättern, um die vermeintliche sozialdemokratische Gefahr abzuwehren! Und je mehr die freisinnigen Wähler sich in diesen Kampf hineinbegeben, ein nur so herzoglicher Gefächter dürfen die Agrarier und die ostelbigen Junker aufschlagen ...“

Es ist viel Wahres in diesen Ausführungen der Volkszeitung. Nur scheint uns das Blatt zu pessimistisch zu sein. Die hiesige und vererbliche Freisinnigkeit wird hoffentlich ausgeglichen werden durch die Tapferkeit und Weigerung, mit der die Arbeiterklasse den Kampf führt.

Namberg. Zum Wahlgewinn gelangt sind die Unternehmern. Waren da neulich Wähler vom Schlage des von uns bereits gerissenen Semmel-Wolkskreises sich ab einander und schimpften auf das Volksblatt. Diese Schidbürger stellten unter Berufung auf ihren gelunnen Menschenverstand einstimmig fest, daß der Unternehmern weit schlechter dran sei, als der besetzliche und immer-um Arbeit. Dasselbe Red hatte auch schon der große Nationalökonom Hirschfelder geunges, als er noch die freisinnigen Wählerkreise an hatte und als er die Untertugenden als die allen würdige Nachkommenchaft der „tapferen Männer von 1813“ rühmte! Wenn solche Leute sich in volksrechtlichen Dingen auf ihren logenommenen gelunnen Menschenverstand berufen, so kann man sicher sein, daß ein ganz idahverhates Wesen veranbernt wird. Diese unmenestlichen Godel leben eben den Mitglöuften ihrer Sonderinteressen für die Welt der Volkswirtschaft an! Auf ähnlicher Höhe der sozialen Erkenntnis steht freizich auch jener der König Stamm, der einst in der Post erklärte, das Herz der Arbeitgeber schmache nach Freiheit, und der „Arbeitnehmer“ habe z. B. seine Abnung von den Sorgen des von ihm zu Unrecht benedierten „großen Herrn“ um die standesgemäße Verorgung seiner Söhne und Töchter. Der gelunne Menschenverstand des praktischen Hammer schmieds von Saarabien meint:

„Nirgend in einem Berufe sind die Grundlagen zu einer glücklichen Engenämlichkeit in dem Maße gegeben, wie bei dem Industriearbeiter. ... Ja, die Liebe, die an der Spitze der Industrie stehen, haben Mühe und Kämpfe, nicht für ihren Geldsack, sondern für das Wohl und Wehe der Arbeiterchaft.“

König Stamm kam in Arm mit einem Hirschfelder und mit einem Bäckermeister Schied: welch herrliches Dreieck erber und engsugender Dulder! Und zu den Dreien geflicht sich als Vierter noch der agrarische Oelste und Beste von Dergern, der kürzlich in der Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer für Aufsprüngen den Landarbeiter-Zahreslohn von 300 M. als einen „bis ins Ungeheuerliche gesteigerten“ beklagte! Ganz im Sinne dieses agrarischen Groß-Schlundpöpsels erklärte ferner die Autorität des hiesigen Organes, die Deutsche Tageszeitung, der Landarbeiter sei viel besser dran und stche weit geicherter da, als der Industriearbeiter!

Arbeiter! Da habt ihr Urteile von Volkstribunen vom Schlage des Nationalökonom Dippe, die eure Interessen im Parlamente vertreten sollen! Wenn diese Leute, ganz abgesehen von ihrer widerlichen Beschäftigung, doch wenigstens auch nur ahnten, welch schlimmes Zeugnis sie der herrschenden Unordnung mit der bämlichen Redensart von notleidenden Unternehmern ausstellen! Welchen Wert hätte eine

